

THORSTEN GLAUBER

Für Sie im Landtag

Liebe Leserinnen und Lesern,

eine Prämie in Höhe von 1.000 Euro für Bürgergeld-Bezieher, die mindestens ein Jahr lang einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen? Das lehnen wir entschieden ab. Denn zum einen zeigt die Berliner Ampelregierung mit dieser Prämie, dass die Anreize für einen Wechsel vom leistungsfeindlichen Bürgergeld in Arbeit nicht ausreichend sind. Zum anderen ist die Prämie ein weiteres Indiz dafür, wie desolat das Bürgergeld aufgestellt ist, wenn politisch ständig daran herumgedoktert werden muss. Deshalb haben wir den Bund diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag aufgefordert, seinen Entschluss zu revidieren. Mit der vorgeschlagenen Prämie wird nicht nur finanziell eine Bürde aufgebaut, sie ist zugleich auch ein Schlag ins Gesicht der vielen Erwerbstätigen, die mit ihren Steuern und Abgaben das Sozialsystem überhaupt erst ermöglichen. Die arbeitenden Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, vom Verdienst ihrer Arbeit zu profitieren. Statt einer Prämie braucht es deshalb Anreize, die zeigen, dass sich Arbeit lohnt. (Fortsetzung S. 2).

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!



IN DIESEM NEWSLETTER

**NEIN ZUR PRÄMIE FÜR
BÜRGERGELD-BEZIEHER**

**AGRARWIRTSCHAFT STÄRKER
ENTLASTEN**

SOCIAL MEDIA BEITRÄGE

(Fortsetzung Titelseite)

Statt Prämien und anderen Verzweiflungsmaßnahmen müssen die Fehlanreize des Bürgergelds beseitigt werden, da sonst Arbeit und Fleiß finanziell schlichtweg unattraktiv bleiben. Als FREIE WÄHLER-Fraktion wollen wir die Balance zwischen Solidarität und Leistungsgerechtigkeit wieder herstellen. Nur so können wir das Vertrauen der Steuerzahler in einen gerechten Sozialstaat zurückgewinnen.

Wir bauen darauf, die Leistungsträger der Gesellschaft in Wirtschaft und Arbeitsleben durch Anreizpolitik zu motivieren, anstatt sie durch Fehlanreize des Bürgergelds zu desillusionieren. So sollten beispielsweise die ersten 2.000 Euro Einkommen steuerfrei gestellt werden. Zudem sollten Überstunden steuerfrei sein – das wäre ein echter Anreiz für diejenigen, die mehr leisten wollen.

Unser Dringlichkeitsantrag: Agrarwirtschaft stärker entlasten

Bayerns Landwirtschaft muss entlastet werden – sowohl finanziell als auch beim Bürokratieabbau: Das haben wir diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag vom Bund und der EU gefordert. Konkret setzen wir uns unter anderem dafür ein, Fördergelder an aktive Landwirte auszureichen, die ihre Betriebe tatsächlich bewirtschaften. Dabei sind kleinstrukturierte Familienbetriebe und Junglandwirte besonders zu unterstützen. Auch deshalb braucht es weiterhin einen eigenen Haushalt für die Gemeinsame Agrarpolitik. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Ausgestaltung der Agrarpolitik für Landwirtinnen und Landwirte mit möglichst wenig fachfremden Hürden und bürokratischen Auflagen erfolgt. Die EU-Entwaldungsverordnung gehört abgeschafft oder so überarbeitet, dass Mitgliedsstaaten ohne Entwaldungsrisiko den Nachweis für Erzeugnisse aus entwaldungsfreien Gebieten auch pauschal auf staatlicher Ebene erbringen können.

In Deutschland solle schnellstens ein Düngemonitoring eingeführt werden – nur so ermöglichen wir eine verursachergerechte Betrachtung und somit die Befreiung wasserschonend wirtschaftender Betriebe von besonderen Düngeauflagen in den Roten Gebieten. Außerdem muss die Ernährungssicherung wieder stärker in den Fokus gerückt werden. Mehr [HIER](#).



**FÜR EINE STARKE
LANDWIRTSCHAFT**

Hier erfahrt ihr mehr über
den Dringlichkeitsantrag!

**FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION**

- >> **Entlastungspaket** für die Landwirtschaft **ausweiten**
- >> Fördergelder weiterhin **von Leistungserbringung abhängig** machen
- >> v.a. **kleinstrukturierte Familienbetriebe und Junglandwirte** unterstützen
- >> **Ernährungssicherung** stärker in den Fokus rücken
- >> möglichst **geringe bürokratische Auflagen** für Landwirte
- >> **EU-Entwaldungsverordnung (EUDR)** abschaffen
- >> **Düngemonitoring einführen**

**FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION**

UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!

#StreiblsStandpunkt: Religiöse Vielfalt in Unterricht und Lehre

In unserer freiheitlichen Demokratie hat religiöse Vielfalt einen hohen Stellenwert. Das zeigt sich auch an den Studiengängen der Theologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl erklärt, wie ein Besuch des Lehrstuhls für Orthodoxe Theologie seinen Blick auf das Thema geschärft hat.

Mehr [HIER](#).



**STREIBLS
STANDPUNKT**

Religiöse Vielfalt in
Unterricht und Lehre!



#LockeImLandtag: Abweichend abstimmen?

Darf ein Abgeordneter der FREIE WÄHLER Landtagfraktion im Plenum überhaupt eine persönliche, von der Fraktion abweichende Meinung vertreten? Wir sagen: Ja, natürlich! Warum, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer Felix Locke im wöchentlichen Videoformat #LockeImLandtag. Mehr [HIER](#).

Parlamentarischer Abend mit dem Bayerischen Bauernverband

Wir stehen hinter Bayerns Landwirten, denn sie sichern unsere Ernährung – gerade in Zeiten internationaler Unsicherheiten. Unsere Landwirte kultivieren seit Jahrhunderten das Land und machen es urbar. Das haben wir diese Woche bei einem Parlamentarischen Abend der FREIE WÄHLER-Fraktion und des Bayerischen Bauernverbandes erneut bekräftigt. Wir stehen zu unserem Wort und für uns gilt auch nach den #Bauernprotesten: Wir kämpfen für Bürokratieabbau auf EU-Ebene und lehnen jegliche zusätzliche Belastungen durch die Ampel für unsere Landwirtschaft ab!

[HIER](#) gibt's die schönsten Bilder des Abends.



Keine Bundesmittel für Lilium: Das sagen unsere Abgeordneten

Schade, dass die Ampel dem bayerischen Lufttaxi-Startup Lilium wichtige finanzielle Unterstützung verweigert. Wir finden: Diese Entscheidung steht sinnbildlich für die industriepolitische Planlosigkeit der Ampel. Der Rückzug des Bundes bei der Finanzierung des Startups steht für eine wankelmütige Wirtschaftspolitik ohne klares Konzept und ohne sichere, finanzielle Grundlage. Es ist genug Geld da, um Bürgergeldbeziehern 1.000 Euro für die Aufnahme eines Jobs in die Tasche zu stecken – derweil fehlen die Mittel für wegweisende Zukunftstechnologie in Bayern. Wir hatten gehofft, gemeinsam mit dem Bund diese verkehrspolitische Schlüsseltechnologie an den Standort Bayern zu binden. Die Bayerische Staatsregierung hatte ihre Zusage, sich zur Hälfte an der nun gescheiterten Förderung zu beteiligen, gründlich abgewogen. Auf Bayern ist in Wirtschaftsfragen Verlass – das unterscheidet uns von Berlin.

[HIER](#) geht's zum Post.



Bürgergeld-Reform: Nein zur Anschubfinanzierung!

Langzeitarbeitslose, die nach Bezug von Bürgergeld mehr als zwölf Monate in einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit beschäftigt sind, sollen eine Belohnungsprämie von 1.000 Euro erhalten können – so will es der Bund. Unser Parlamentarischer Geschäftsführer Felix Locke sieht dieses Vorhaben äußerst kritisch.

[HIER](#) geht's zum Reel.

Impressum

Thorsten Glauber, MdL, Staatsminister
Klosterstraße 10
91301 Forchheim
Tel. 09191/6219735
Fax 09191/6219736
thorsten.glauber@fw-landtag.de
www.thorsten-glauber.de